

Wolfgang Deinlein • wolfgang\_deinlein@web.de  
Susanne Hybl • S.Hybl1968@web.de  
Elke Chemelli-Franz • chemelli@t-online.de  
(weitere Mitunterzeichnende als Liste im Anhang)

Karlsruhe, 14.04.2014

an  
Daniel Caspary (CDU)  
Belchenstraße 27  
76297 Stutensee

## Fragen zu *Right2Water* und der Privatisierung der Wasserversorgung

Sehr geehrter Herr Caspary,

erst im letzten Moment konnte kürzlich verhindert werden, dass auch die Trinkwasserversorgung in Karlsruhe entsprechend einer neuen EU-Richtlinie einer europaweiten Ausschreibungspflicht unterliegen würde. Damit wäre die kommunale Organisationsfreiheit enorm eingeschränkt und der Weg geebnet worden, dass die Trinkwasserversorgung in Karlsruhe wie auch in vielen anderen Kommunen möglicherweise bald von einem privaten, internationalen Wasserkonzern übernommen werden könnte. Bisher sind in Karlsruhe die Stadtwerke für die Trinkwasserversorgung zuständig – ein städtisches Unternehmen, in dem die Stadt Karlsruhe und damit letztlich die Karlsruher Bevölkerung das Sagen hat.

Die EU-Pläne konnten nicht zuletzt durch eine europaweite Bürgerinitiative, *Right2Water*, unterbunden werden – zumindest vorläufig –, denn eine Revisionsklausel in der Richtlinie macht eine nachträgliche Hereinnahme des Wassersektors nach fünf Jahren möglich. Gleichzeitig verhandelt die EU-Kommission derzeit internationale Handels- und Investitionsabkommen, z.B. mit den USA (TTIP). Die kommunale Daseinsvorsorge und damit die Wasserversorgung sind erneut im EU-Verhandlungsmandat enthalten. Der Druck, die bisher öffentliche Wasserversorgung zu liberalisieren, hat daher offenbar nicht nachgelassen.

Wir, die Unterzeichnenden, haben die Europäische Bürgerinitiative *Right2Water* unterstützt und lehnen eine weitere Liberalisierung der Wasserversorgung ab. Vor den anstehenden Europawahlen haben wir daher zwei Fragen vorbereitet, die wir regionalen Kandidaten vorlegen und zu deren Beantwortung wir Sie freundlich auffordern. Eine anschließende Veröffentlichung der Antworten ist vorgesehen.

1. **Setzen Sie sich für den Erhalt der kommunalen Organisationsfreiheit im Wasserbereich ein oder unterstützen Sie statt dessen eine Politik der Liberalisierung der Wasserversorgung?** Einer Umfrage des Karlsruher Internetportals ka-news.de von 2013 zufolge sind über 90 % der Karlsruherinnen und Karlsruher gegen eine solche Liberalisierung. (<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/karlsruhe~/Aufruf-der-Stadtwerke-Karlsruhe-Gegen-Liberalisierung-der-Wasserwirtschaft:art6066.1050232>)
2. Die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative *Right2Water* fordert, das UN-

Menschenrecht auf Wasser gesetzlich in der EU zu verankern und dabei festzuschreiben, dass im Wassersektor öffentliche Dienstleistungen gefördert werden sollen. Dies entspräche einer Abkehr vom bisherigen Vorantreiben weiterer Liberalisierungen. Die EU-Kommission hat jedoch in ihrer Antwort auf *Right2Water* vom 19.03.2014 kein derartiges Gesetzesvorhaben vorgelegt. **Unterstützen Sie die Ziele von *Right2Water* und werden Sie sich bei Einzug ins europäische Parlament für eine entsprechende Gesetzesinitiative einsetzen?** Die Ziele von *Right2Water* finden Sie unten.

Vielen Dank für Ihre konkrete Antwort!  
Mit freundlichem Gruß

W. Deinlein                      S. Hybl                      E. Chemelli-Franz    und Mitunterzeichnende

P.S. **Die Forderungen von *Right2Water*** (<http://www.right2water.eu/de>):

„Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht

Wasser ist ein Öffentliches Gut, keine Handelsware - Wir fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Wir stellen nachdrücklich folgende Forderungen:

1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.
2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.“

## **Anhang**

63 Mitunterzeichnende